

Blaue Kacheln

In der ostdeutschen Planwirtschaft haben Kleinkapitalisten Hochkonjunktur: Private Handwerker, jahrelang geächtet, werden von der SED hofiert.

Bäckermeister Joachim Zimmermann aus Eberswalde hat seinen Laden meist schon um sechs Uhr früh auf, damit die Nachtschichtler sich zum Frühstück mit frischen Brötchen eindecken können. Auf besonderen Wunsch steht er auch schon mal sonntags in der Backstube und garniert Geburtstagskuchen.

Soviel Dienst am Kunden verdient das Prädikat „vorbildlich“, jubelte das DDR-Fachblatt „Das neue Handwerk“ und widmete dem Kleinunternehmer eigens eine Rubrik. Überschrift: „Das gefällt dem Kunden.“

Meister Zimmermann gehört zu dem von den Ost-Berliner Planwirtschaftlern am meisten gehätschelten Berufsstand. Seit in der DDR privates Handwerk wieder goldenen Boden haben darf, stehen die Bäcker auf der staatlichen Förderungsliste ganz oben.

So beliefern im Kreis Heiligenstadt inzwischen wieder 28 private Bäckereien 58 Prozent der Bevölkerung mit Selbstgebackenem. Der Versorgungsgrad freilich schwankt je nach Kreis und Bezirk. Oft sind die Brotregale schon mittags leer. Den Kunden bleibt dann nur noch der staatliche HO-Laden, wo graues Fabrikbrot und harte Schrippen aufliegen — meist ebenso frisch wie ein Aal aus der Elbe.

Nach jahrelanger Ächtung ist Eigeninitiative in der DDR wieder gefragt. Beispiele von Kleingewerblern mit unternehmerischen Ambitionen werden den Zeitungslesern ausdrücklich zur Nachahmung empfohlen.

Bäckermeister Herbert Hans, der schon in der vierten Generation in Langenleuba-Niederhain für frische Brötchen sorgt, plauderte in der Handwerkerzeitung über zwei Zeitungsspalten hinweg, wie er die Planziele des X. SED-Parteitag zu erfüllen gedenke. Mit Steuernachlässen und günstigen Krediten habe die Partei den Umbau seiner Backstube ermöglicht. Mit dem neuen Drei-Herd-Breitschroftofen schaffe er heute in fünf Stunden 500 Brote, eine Menge, für die er früher einen ganzen Tag brauchte.

Solche Erfolgsmeldungen durfte es im Weltbild der Alt-Baumeister des SED-Staates nicht geben. 1958, auf dem V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei, verkündete Walter Ulbricht: „Mit einer wesentlichen Steigerung im Handwerk und in der kapitalistischen Kleinindustrie ist nicht zu

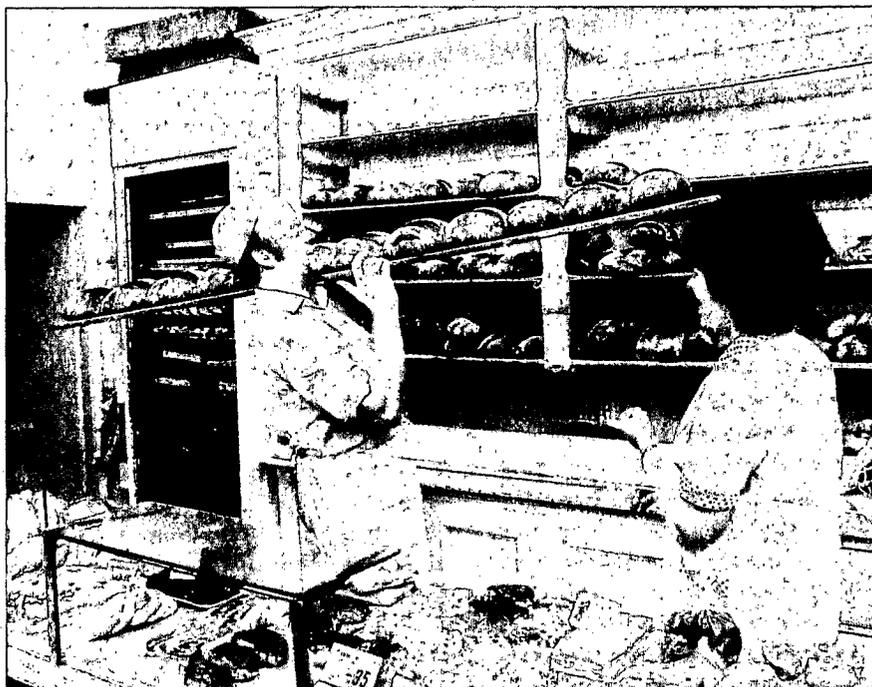
rechnen. Dieser Sektor ist zur Lösung reif geworden.“

Die Ulbrichtsche Lösung freilich wies den falschen Weg. In einer kurzen Zeitspanne sollte das Handwerk kollektiviert werden. Doch schon 1960 zeigten sich empfindliche Versorgungsgänge. Die Zahl der Handwerksbetriebe sank in nur drei Jahren um 30 000. Die SED brach die Kollektivierungskampagne ab und piff „übereifrige örtliche Organe“ zurück.

Eine liberalere Handwerkspolitik brachte mehr Erfolg: Die Behörden begünstigten die Schaffung von „Produktionsgenossenschaften des Handwerks“ (PGH), in denen sich Fachleute gleicher Berufsgruppen zusammenschließen konnten. Bis 1967 brauchten sie praktisch keine Steuern zu bezahlen. Sie konnten in ihren Werkstätten bleiben, die allerdings nicht mehr ihnen gehörten, ebensowenig die Produktionsmittel, die in den Besitz der Genossenschaft übergangen. Von 1960 bis 1970 verdreifachten sich die Leistungen der PGH von 2,7 Milliarden auf 8,8 Milliarden Mark. Die Zahl der Beschäftigten nahm sogar rascher zu als in der Industrie.

Die Handwerker jedoch, die immer noch vom Glück im stillen Winkel träumten, die für sich selber wirtschaften wollten, gerieten immer mehr an den Rand. Es gab kaum Lehrlinge, und wer beim Rat seines Kreises um Genehmigung für eine Werkstatt nachsuchte, wurde abgewiesen. Einzige Ausnahme blieb das Hätschelkind Bäcker.

Je besser es jedoch den DDR-Bürgern ging, je weniger sie vom Brot allein glücklich werden wollten, um so hörbarer wurde die Unzufriedenheit



Selbständiger Bäcker in Ost-Berlin: Traum vom Glück im stillen Winkel



Ostdeutsche Karikatur*
Ganze Generationen an Gesellen fehlen

über Versorgungsmängel. Denn mit dem höheren Lebensstandard stiegen die Ansprüche. Und von denen zeigte sich die ostdeutsche Wirtschaftsbürokratie überfordert.

Zwar besitzen beispielsweise vier von fünf Haushalten im Bezirk Karl-Marx-Stadt inzwischen eine Waschmaschine. Daß diese 650 000 Maschinen aber nicht nur gewartet werden müssen, daß sie auch hin und wieder kaputtgehen, war im Plan lange Zeit nicht vorgesehen. Der staatliche Kundendienst funktionierte mehr schlecht als recht.

Gedrängt vom wachsenden Bürgerzorn, bereitete die SED-Führung still und heimlich den vierten und folgenreichsten Schwenk ihrer Hü-und-hott-Politik im Handwerk vor. Ein bis heute

* Aus „Eulenspiegel“ Nr. 12/1981.

unveröffentlichter Beschluß des Ministerrates vom 12. Februar 1976 sprach erstmals von einer gezielten „Förderung privater Einzelhandelsgeschäfte, Gaststätten und Handwerksbetriebe für Dienstleistungen im Interesse der weiteren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung“.

Schon zwei Jahre später nahm die Zahl der privaten Handwerker erstmals seit der Staatsgründung wieder zu: auf 85 218.

Ein Jahr später, 1979, wurde über die Hälfte des gesamten Umsatzes im Handwerk von Privaten erzielt.

In manchen Branchen ist es weit mehr: 90 Prozent in den Bäckereien, in Metzgereien und Schreinereien 70 Prozent, im Bauhandwerk sind es noch 36 Prozent.

Die Pflege der Selbständigen ist dem Ulbricht-Nachfolger Erich Honecker so wichtig, daß er im Februar vor SED-Funktionären die örtlichen Behörden ermahnte, den Privaten gegenüber „keinerlei Engstirnigkeit“ walten zu lassen. Der SED-Chef: „Natürlich fördern wir die genossenschaftliche Entwicklung der Handwerker. Aber wir sind auch froh, daß so viele private Friseure, Schneider, Schuhmacher und andere Handwerker dazu beitragen, die Dienstleistungen für die Bevölkerung zu verbessern.“

Allfällige Widersprüche zwischen sozialistischer Planwirtschaft und kapitalistischer Privatwirtschaft überdeckt Horst Schütze, stellvertretender Abteilungsleiter im ZK der SED mit dem Merksatz: „Der Sozialismus braucht das Handwerk, und das Handwerk braucht zu seiner kontinuierlichen und stabilen Weiterentwicklung den Sozialismus.“

Ernst machten die Einheitssozialisten zuerst mit der Nachwuchsförderung. Heute können Jungen und Mädchen in der DDR 150 Handwerksberufe erlernen, 1975 waren es 63: vom Lederhandschuhmacher bis zum Zinngießer, vom Linierer bis zum Segelmacher und Intarsienschneider. Mit 16 000 ist die Zahl der Lehrlinge indes immer noch bescheiden — gerade etwa so hoch wie vor acht Jahren.

Wegen des zaghaften Zustroms in die besonders geförderten Reparatur- und Dienstleistungsberufe sind Engpässe noch immer spürbar. Die Überalterung in den privaten Handwerksbetrieben wirkt sich hemmend aus, die Fehler der fünfziger und sechziger Jahre führten dazu, daß heute ganze Generationen von Gesellen fehlen.

Aus Personalmangel schlossen 1979 im Bezirk Magdeburg 17 Schustereien, nur zwei Schuhmacher eröffneten ein neues Geschäft.

Die Entwicklung, so kritisierte das SED-Blatt „Volksstimme“, sei von den staatlichen Organen offenbar auf die leichte Schulter genommen worden.

Und der Ost-Berliner „Morgen“, Zentralorgan der Liberaldemokraten, mochte, es fehle an bedarfsgerechter Planung. In einer Gemeinde, in der etwa der einzige Klempner in den Ruhestand trete, sei niemandem gedient, wenn die örtlichen Behörden dafür zwei Friseure oder Schneider die Handwerkspapiere aushändigen.

Mit eigenwilligen Do-it-yourself-Programmen auf Sozialistisch versuchen die Behörden in Leipzig dem Mangel beizukommen. In 48 verschiedenen Abendlehrgängen wurden bislang 5000 nebenberufliche Handwerker ausgebildet, die im Feierabendjob in ihren Wohngebieten dringende Reparaturarbeiten ausführen. Allein in der Stadt Leipzig erledigen die legalen Schwarzarbeiter mehr als 26 000 Aufträge pro Jahr. Senior der über 1700



Unternehmerin Hildegard Sillmann, Arbeiter System mit Stolperdrähten

Leipziger Hobby-Klempner ist ein 71jähriger Augenfacharzt.

Die angestammten Handwerker indes brauchen die Nothelfer nicht zu fürchten. Denn noch immer ist die Nachfrage weit größer als Angebot — trotz attraktiver Verdienstmöglichkeiten. Wieviel Privatschaffende auf dem freien Ost-Markt verdienen können, wird meist erst offenbar, wenn sich die Staatsanwaltschaft der Geschäftsbücher annimmt. In Neubrandenburg verurteilte das Bezirksgericht den Inhaber eines Autowasch- und Pflegebetriebes zu fünf Jahren und sechs Monaten Freiheitsentzug, weil er seine Kunden durch überhöhte Preise um 194 000 Mark, den Staat um 197 000 Mark geschädigt hatte.

Im Bezirk Potsdam mußte ein selbständiger Fuhrunternehmer vor den Kadi, weil er gegen Preis- und Steuer-

bestimmungen verstoßen hatte. Schaden: 400 000 Mark.

In Magdeburg kam der 59jährige Inhaber eines Handwerksbetriebes für Meßgeräte hinter Gitter, der Fiskus und Klientel um 696 000 Mark geprellt hatte. Sein Betrieb und ein Teil des 2,3-Millionen-Mark-Vermögens wurden eingezogen. Der geschäftstüchtige Meister besaß drei Autos, Schmuck und eine mit Antiquitäten ausgestattete Villa.

Doch solch kapitalistische Fehlritte sind selten. Dafür ist das Netz bürokratischer Bestimmungen und Verordnungen zu engmaschig — ein krauses System von Stolperdrähten.

Das Schreiben von Rechnungen etwa gerät — je nach Handwerksgruppe — zur Diplomarbeit in höherer Mathematik. Für die Ost-Berlinerin Hildegard

Sillmann, die nach dem Tod ihres Mannes Maurer lernte und den Meister machte, um das Baugeschäft mit acht Arbeitern weiterzuführen, ist die Rechnungsbürokratie „eine langwierige und komplizierte Prozedur, die nur beherrscht, wer da hineingewachsen ist“. Jedesmal muß sie bis zu 30 Nachschlagewerke, manche mehrere hundert Seiten stark, zu Rate ziehen.

Berechnet wird nicht nach Material und Arbeitszeit — „Zeitschinden“ wird damit unmöglich —, sondern nach einer Art Punktesystem. Bei Dachdeckerarbeiten etwa ist ein staatlich fixierter Quadratmeterpreis für jede nur denkbare Arbeit festgelegt.

Schwieriger noch als der Schreibkram bleibt für die meisten Handwerker das Problem, woher sie das Material für ihre Arbeit nehmen sollen. Für die Kfz-Werkstätten erteilen die Behörden nur noch zögernd Konzessionen — wegen Materialmangel.

Der Erfolg eines Handwerksbetriebes hängt denn auch vor allem von der Fähigkeit des Chefs ab, Nachschub zu organisieren. Und der läuft oft genug nur über Beziehungen oder harte West-Mark.

Um bei derlei illegalen Geschäften nicht gefaßt zu werden, haben Kunden wie Auftraggeber einen regelrechten Geheimkode entwickelt. So suchte in einer ostdeutschen Mittelstadt ein Mieter per Kleinanzeige dringend einen Fliesenleger für „blaue Kacheln“. Blaue Kacheln heißen in der DDR die Hundertmarkscheine West. ◆